

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei jedem Postbezug monatlich 1,15 M., bei Zustellung unter Streifen für Deutschland 1.- M., für Ausland 1.- M., per Brief 1,20 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Teufel sehen die schließliche Konzeption des neuen Kampfes nicht. Es werden sich 3.20 M., das heißt der Wert 1.15 M., jedes weitere Wort 15 Pf. konstant und Organisationsfragen die schließliche Konzeption 2.40 M., das heißt der Wert 75 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Inwieweit für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition eingereicht sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Verleger: Kurt Nordens 2895 - 96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sprengung der Gewerkschaftskommission!

Der Vorwand gefunden.

Die rechtssozialistischen Mitglieder der Gewerkschaftskommission A. Körffien, G. Linz, R. Albrecht, C. Bauer, E. Brückner, A. Ullrich veröffentlichen im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Berliner Gewerkschaften, der zur Spaltung der Berliner Gewerkschaftsbewegung auffordert. Es heißt in dem Aufruf, der sich in der Berliner Gewerkschaftsbewegung sei zur Tatsache geworden. Seit Juli vorigen Jahres — Renouveau des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission — sei der Ausschuss im Grunde genommen nur noch eine Geschäftsstelle der Unabhängigen gewesen. Ohne es zu wollen, enthielten mit diesen Bemerkungen die Herren den wahren Grund ihres Sprengungsversuchs. Die wackende Abwendung der Arbeitermassen von ihren bisherigen rechtssozialistischen Führern und die Renouveau ihrer eigenen Vertrauensmänner, durch die nur der Wille der Masse der Berliner Arbeiter zum Ausdruck gekommen ist, haben diese Herren schon längst die Gelegenheit herbeiführen lassen, durch die sie dem entgegengesetzten zu kommen glaubten.

Der Beschluß der U. S. B. - Fraktion der Berliner Gewerkschaften, der Kontrakte der Betriebsräte und des Gewerkschaftsbundes der U. S. B. Groß-Berlin, eigene Listen für die Wahlen zu den Betriebsräten aufzustellen, ist deshalb nur der äußere Anlaß für ihre Aufforderung zur Sprengung der Berliner Gewerkschaftsbewegung und nur ein Vorwand, um die längst gehegten Absichten zu verwirklichen. Denn wie wir in den letzten Tagen bereits mehrfach nachgewiesen haben, ist der erste Schritt zur parteipolitischen Ausnutzung der Betriebsräte von der U. S. B. D. unternommen worden. Der Beschluß der U. S. B. D. unternehmen worden, nachdem ein Flugblatt der U. S. B. D. vorlag, das keinen Zweifel daran ließ, daß die U. S. B. D. nicht befolgt, sondern durchkreuzt werden würde. Es ist deshalb eine Entstellung des Sachverhalts, wenn der Aufruf mit den Säben kühler:

„Ein weiteres Zusammenarbeiten ist unter diesen Umständen unmöglich geworden. Nunmehr sind die höchste Instanz der Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, darüber entscheiden, ob der Ortsverband (Berliner Gewerkschaftskommission) ein Sammelplatz politischer Fanatiker sein soll, oder ob er unter Ausschaltung aller politischen Tendenzen die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften zu wahren hat. So bitter die Tatsache auch immer sein mag, das Verbot gilt nicht mehr!“

Damit haben die Rechtssozialisten die Spaltung der Berliner Gewerkschaftsbewegung proklamiert. Ihnen ist die Absicht der Unabhängigen Sozialdemokratie, die immer die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wahren bestrebt gewesen ist, unangenehm. Sie wollen die Spaltung, um den kleinen Rest ihres Einflusses nicht auch noch zu verlieren. Ihre Absicht ist es, die geschlossene Front der Berliner Arbeiterkraft auf wirtschaftlichem Gebiet zu brechen und Verwirrung in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen, um sie für die Wahlen zu den Betriebsräten auszunutzen zu können. Das aber dürfte ihnen nicht gelingen.

Die Verchiebung der deutschen Abrüstung.

Über die Vorgeschichte der Entente-Rote, welche die Termine für die im Friedensvertrage vorgesehene Verringerung der deutschen Rüstungsstärke auf den 10. April 1920. Juli verlegt, teilt die Deutsche Allgemeine Zeitung mit, daß diese Note die Antwort auf eine Denkschrift darstellt, die von General von Coanton von der Heeres-Friedenskommission dem General Klotz am 8. Februar 1920 übergeben wurde und in der die Unmöglichkeit der Durchführung der militärischen Abrüstung Deutschlands bis zu dem im Vertrag vorgesehenen Zeitpunkt des 31. März eingeleitet wurde. Durch die späte Ratifizierung des Vertrages am 10. Januar 1920 sei nämlich zunächst ein Widerspruch entstanden zwischen dem im Artikel 160 angegebenen Termin des 31. März 1920, von welchem ab die Stärke des deutschen Heeres nur noch 100 000 Mann betragen dürfe, und der in Artikel 163 enthaltenen Bestimmung, daß „binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages“ die gesamte Stärke des deutschen Heeres auf 200 000 Mann herabgesetzt werden müsse. A. S. D. haben durch die veränderte Ratifizierungsmöglichkeit...

Sprechen im Vertrage selbst habe die Deutsche Denkschrift noch die „unüberwindlichen Schwierigkeiten“ hervor, die gegen eine überhastete Durchführung der Abrüstung sprächen.

Das Entgegenkommen der Entente gegenüber diesen deutschen Vorschlägen hätte sich nur in engen Grenzen. Der Zeitpunkt des 10. April, der für die Erreichung der 200 000-Mann-Stärke festgesetzt wird, entspricht genau der dreimonatigen Frist des Artikels 163 und geht auch nicht einen Tag darüber hinaus zu. Wenn ferner die Frist für die Verringerung auf 100 000 Mann auf den 10. Juli verschoben wird, so bedeutet das die allseitige Fristverschiebung für die endgültige Abrüstung, die nach Artikel 163 überhaupt möglich ist. Die in diesem Artikel vorgesehenen vierteljährlichen Stufen der Verringerung von 200 000 Mann auf 100 000 Mann fallen dabei überhaupt unter den Tisch. Die Entente habe bisher nichts getan, als die offensichtlichen Unmöglichkeiten zu bekräftigen, die sich aus dem verspäteten Inkrafttreten des Vertrages ergeben.

Das russische Problem.

In den Reihen der Deutschnationalen kann man zu keiner einheitlichen Auffassung des russischen Problems gelangen. Während die einen — besonders die Generale — dem Gedanken einer Einigung mit der Entente zu gemeinsamen Kampf wider die Bolschewisten anhängen, fordern die anderen unter dem Eindruck der jüngsten Nachrichten über die Sturzveränderung in London Frieden und Freundschaft mit der sozialistischen Republik. Sie geben sich dabei dem Irrtum hin, einen deutsch-russischen Block schaffen zu können, den sie unter Umständen auch als Instrument ihrer Revolutionspolitik benutzen können.

Aber die Freunde der Verständigung fühlen sich auf ihrem neu gewonnenen Standpunkt noch keineswegs wohl und sie werden die Furcht nicht los, daß nach Herstellung geordneter Beziehungen nicht nur Rohprodukte und Rohstoffe, sondern auch neue revolutionäre Ideen aus dem Osten nach Deutschland eindringen werden, und die „Deutsche Zeitung“ beispielsweise, die nach vor wenigen Tagen der Regierung heftige Vorwürfe machte, daß sie noch keine geordneten Beziehungen zur Sowjetmacht hergestellt habe, bekräftigt sich neuerdings, zu beteuern, daß sie keine Freundschaft mit den Bolschewisten wolle. Voraussetzung für jede russisch-deutsche Politik sei die Befreiung des weltrevolutionären Gedankens in Russland.

Genau dieselbe Unklarheit und Verwirrung wie unter den Nationalisten herrscht aber auch in der Regierung, und vor allem im auswärtigen Amt zu herrschen. Die „Deutsche Zeitung“ hatte erfahren, daß der neuernannte Sowjetminister in Berlin, Wladimir Kopp, von keiner Regierung den Auftrag habe, mit Deutschland über den Frieden zu verhandeln. Ein russisches Friedensangebot liege bereits vor und dürfte in aller nächster Zeit der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Dem wird amtlich widersprochen. Die Angabe entbehre jeder Begründung und nicht minder unrichtig sei die weitere Mitteilung, daß im März allgemeine Friedensgespräche über europäische Großmächte mit Sowjetrußland stattfinden, denen sich Deutschland anschließen werde.

Die „Deutsche Zeitung“ behauptete ihre Information aus dem Auswärtigen Amt zu haben, und nach allem, was uns über das Gegeneinanderregieren in diesem Ministerium gerade in den russischen Angelegenheiten zu Ohren gekommen ist, zweifeln wir nicht daran, daß das Blatt über die Herkunft seiner Nachrichten zureichende Angaben gemacht hat. Es fragt sich nur immer, welche Stelle im einzelnen Falle behauptet und welche dementiert.

Die amtliche Stelle glaubt übrigens noch konstatieren zu müssen, daß sich Deutschland mit Russland seit dem Vertrag von Brest-Litowsk tatsächlich im Frieden befinde. Der Artikel 116 des Versailler Vertrages, der die Nichtkämpferklärung des Wester Vertrages bestimmte, habe gleichwohl an der Tatsache des Friedenszustandes nichts geändert.

Hornell mag das richtig sein, aber dann ist es um so schlimmer, daß man sich in das baltische Unternehmen gestürzt hat, das Russland unmöglich als friedlichen Akt ansehen konnte, und daß seit der unruhigen Flucht des Herrn Helfferich, bis heute noch kein Anlaß dazu gemacht worden ist, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Wichtiger und notwendiger als die Kritik an den Redaktionen der „Deutschen Zeitung“ wäre die Bekämpfung des ersten Willens gewesen, das kräftig Verlangen ohne Bedauern nachzugeben.

Heraus aus dem Sumpf!

Junmer deutlicher kommt es jedem, der offenen Auges die Entwicklung der Dinge in Deutschland beobachtet, zum Bewußtsein, daß die wirtschaftliche Existenz des Landes und seine politische Zukunft auf das höchste gefährdet sind und daß nur eine vorzügliche Kraftanstrengung das Volk vor dem Abgrund bewahren kann, dem es mit rasender Schnelligkeit zutrifft.

Man braucht kein Sozialist und kein Revolutionär zu sein, um diese Tatsache heute zu erkennen. Einsichtige bürgerliche Politiker und Gelehrte wachen es offen aus, daß an Stelle der Bohndung nur eine größere Verjüngung des gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens eintritt. Es packt sie oft ein Grauen vor dem Elend und dem Chaos, dem wir zutreiben. Und verweist auf jene, die das wahnsinnige Treiben der nationalsozialistischen Deputierten und Demagogen, Genso wie die ideologische, unfruchtbare Politik der heutigen Machthaber erkennen, zugleich aber vor den Konsequenzen der sozialistischen Theorie und der revolutionären Praxis zurückzucken. Unschon nach dem Reiter, der dem heutigen Zustand ein Ende setzen soll.

Das arbeitende Volk hat sofort nach der Novemberrevolution inständig die drohende Gefahr erkannt. Nur diesem Instinkt ist es zuzuschreiben, daß es im nachfolgenden Jahr die größten Anstrengungen gemacht, die höchsten Opfer gebracht, um eine radikale Umgestaltung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Es würde aus seiner gedrückten gesellschaftlichen Stellung heraus, daß die kapitalistischen Mächte, die die Welt in das Chaos der Zerstörung gestürzt, außerstande seien, diese Welt neu aufzubauen. Geleitet von den Ideen des Sozialismus und der Gerechtigkeit, rebellierte das arbeitende Volk gegen die hergebrachten sozialen und gesellschaftlichen Formen. Seine Kraft reichte aber nicht aus, um die Mächte der Vergangenheit zu überwinden, die klein an Zahl, aber stark an organisatorischer Geschlossenheit, an Machtbewußtsein und Herrschaftsroutine, dem revolutionären Sturm standhielten und es hinterher mit großer Geschicklichkeit verstanden, sich wieder fest in den Sattel zu setzen, um unter modernisierten Formen den alten Herrschaftsstaat wieder aufzurichten.

Jeder, der unbereingekommen die bisherige Gestaltung der deutschen Verhältnisse betrachtet, muß zu dem Ergebnis kommen, daß neben der Erstarkung des gesamten Apparats des Kapitalismus eine sich greifende politische Reaktion das wesentlichste Anzeichen der jetzigen Lage ist. Die weitverbreitete nationalsozialistische Bewegung der monarchischen Restauration und der nationalsozialistischen Bewegung, die Pogromhetze und das Revolverheldentum der deutschnationalen Banditen, die Zurücksetzung der Armee mit nationalsozialistischen Ideen und ihre Umwandlung in ein Instrument der monarchischen Gegenrevolution, — das alles sind nur äußere Symptome der politischen Rückwärtsentwicklung Deutschlands, die nicht verhüllt werden kann durch die — übrigens mehr auf dem Papier stehende — Existenz ausgebreiteter demokratischer Freiheiten und durch die Mitarbeit der Vertreter des arbeitenden Volkes in den parlamentarischen Körperschaften und den Verwaltungsinstitutionen.

Nicht viel besser sieht es auf wirtschaftlichem Gebiet. Zwar ist ein großer Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten auf die ungeheure Herforderungsarbeit des 4½-jährigen Krieges und auf die drückenden Lasten des Friedensvertrages zurückzuführen. Aber ein nicht geringer Teil der Schuld ist der Tatsache zuzuschreiben, daß nicht der planmäßige aufbauende sozialistische Gedanke, sondern der „freie Wettbewerb“ der kapitalistischen Kräfte, das Profitinteresse des einzelnen Unternehmers, die Herrschaft über das Wirtschaftsgeschehen ergriff. Der Gedanke der sozialistischen Gemeinwirtschaft und des Übergangs der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft wurde den rebellierenden Arbeitern mit Maschinenpistolen ausgetrieben. Gleichzeitig aber ließ das kapitalistische Schieber- und Spekulantentum immer läppiger ins Kraut. Es setzte ein wilder Ausverkauf der letzten Reste des Volksgutes ein. Während man dem Volke Arbeit und immer wieder Arbeit predigte, ließ man Milliardenwerte weggeschleudert über die Grenzen gehen, duldete man das wilde Treiben der Börsenspekulationen, förderte man planmäßig die Konzentration des Besitzes in den Händen weniger und damit verurteilt, die zunehmende Verelendung und Hoff-

Loslösung der Massen. Trotz scheinbarer Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen ist der Abstand zwischen Reich und Arm nur noch größer geworden, und die Klassenengegenüber überwiegen an Schärfe und Erbitterung alles bisher Dagewesene.

Die Not des Alltags und die Erkenntnis der heraufziehenden großen Klassenkämpfe hat den Blick der arbeitenden Massen von den Problemen der Politik mehr auf die wirtschaftlichen Probleme gelenkt. Dieser Prozess ist durchaus natürlich und läuft letzten Endes darauf hinaus, nicht nur den drohenden wirtschaftlichen Kämpfen mit größerer Geduld entgegenzutreten, sondern auch die Fundamente für den sozialistischen Aufbau auf breiterer Grundlage zu schaffen. Und doch liegt in dieser Konzentration auf das Wirtschaftliche eine Gefahr, die kein Sozialist übersehen darf. Die schon von früher her bestehende Neigung des deutschen Arbeiters, für den rein wirtschaftlichen Kampf, für das rein soziale und Gewerkschaftliche kann durch die jetzige Phase der deutschen Klassenkämpfe neue Nahrung erhalten, wenn die vorgeschrittenen Elemente des Proletariats nicht rechtzeitig dagegen aufpassen. Ihre Aufgabe ist es, das wirtschaftliche und politische Moment in der Bewegung eng miteinander zu verknüpfen und alle aufbauende Arbeit, die sie verrichten, zu leisten unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Gemeinwirtschaft und der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft.

Dies ist auch die rettende Idee, die die Montagne der Arbeiterklasse der gesamten, in ihren Augen erschütterten bürgerlichen Gesellschaft zu bieten hat. Mögen manche Kreise, die nach der November-Revolution sich spontan dem Sozialismus zugewandt, um ihm dann enttäuscht den Rücken zu kehren, weil er nicht sofort den Himmel auf Erden schaffen konnte, sich wieder auf der Suche nach neuen Mitteln befinden; mögen manche halbproletarische, deklassierte Elemente den Demagogien des Nationalismus und des Nationalismus ins Garn laufen, und sich der Illusion hingeben, daß die Wiederkehr des Despotismus von Amerongen und die Wiederherstellung der Kaiserherrschaft ihnen ein besseres, sicheres Dasein verschaffen könnte — es bleibt doch wahr, daß nur der Sozialismus, nur die Zusammenfassung aller Kräfte des arbeitenden Volkes zum gemeinschaftlichen Aufbau der Wirtschaft, des Staates, Land und Volk aus dem jetzigen Chaos, aus dem Sumpf des kapitalistischen Schmutzes zu retten vermag. Wer daran noch zweifelt, möge den Blick nach Osten richten, wo nur die Zusammenfassung aller proletarisch-revolutionären Elemente, nur die Konzentration aller Kräfte auf den gemeinsamen sozialistischen Aufbau die Erringung der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik gesichert hat.

Wir gehören nicht zu den unbedingten Befürwortern aller Methoden, die das bolschewistische Rußland angewandt hat. Wir erkennen auch die Besonderheiten des Verlaufes der russischen Revolution an, die nur siegen konnte, weil sie sich nicht nur auf die Arbeiter, sondern vor allem auf die Bauern stützte. Doch was heute besonders ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß die russische Revolution Formen der wirtschaftlichen Konzentration und des sozialen Aufbaus geschaffen hat, die trotz allem Elend eines 3 1/2-jährigen Krieges und eines zweijährigen Bürgerkrieges dem verfallenen russischen Reich eine gewaltigen Vorprung vor den mitteleuropäischen Staaten gesichert haben.

Heute liegen die Dinge in Deutschland so, daß sich die Augen aller erwartungsvoll nach dem Osten richten. Die einen glauben noch, durch Unterstützung der russischen Gegenrevolution sich ein Auskenntnisfeld im Osten zu schaffen; die andern, die gestern ähnlich dachten, konstruieren bereits einen deutschnationalen Bolschewismus, um den Gedanken der Revanche in anderer Maskierung nähren zu können; andere wieder glauben das Problem durch „wirtschaftliche Anknüpfungen“ lösen zu können, denen — nach ihnen hin — durch stärkere Betonung des militärischen und kapitalistischen Prinzips ein Gegengewicht geschaffen werden soll. Das sind die Stimmungen der bürgerlichen Klassen Deutschlands, die zwar nach den Vorteilen nieren, die ihnen ein Anknüpfen an den Osten bieten könnte, die aber zugleich ein beherrschendes Fundament bilden, daß ein naher Verkehr mit dem revolutionären Osten die Grundfragen des neuorientierten deutschen Kapitalismus erschüttern könnte.

Man könnte jedoch über diese Aporie, die sich anmachen, mit alten überlebten Ideen und mit den Schlichen und Lügen der kapitalistischen Welt eine neue Welt schaffen zu können. Das Tragische jedoch ist, daß diese Aporie, im Bewußtsein der politischen Gewalt über das in Elend versinkende deutsche Volk, dessen Kämpfen und Gemeinschaftsarbeit hemmen und die große Idee sabotieren, die allein Rettung aus dem Sumpfe der Gegenwart verheißt. Nur wenn das arbeitende Volk selbst die Größe dieser Idee erkennt und als einheitliche Masse von der Idee des Sozialismus zu ihrer praktischen Verwirklichung übertritt, nur dann wird es als Heiler aus höchster Not erscheinen, nach dem die bürgerlichen Ideologen und Wohlamtigen vergeblich Ausschau halten.

Das Gesetz zum Schutze des Reichstags.

Der Entwurf eines Gesetzes „Ueber die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage“ ist jetzt dem Reichsrat von den Reichsministern der Justiz und des Innern zugegangen. § 1 lautet:

Innerhalb des befristeten Wahlkreises des Reichstagesgebäudes dürfen, solange der Reichstag oder ein Ausschuss des Reichstages versammelt ist, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden. Entsprechendes gilt für die Gebäude der Landtage. Ausnahmen können für das Reichstagesgebäude von der Reichsregierung, für das Gebäude der Landtage von den Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landesparlamentes zugelassen werden.

Nach § 2 bestimmen den befristeten Wahlkreis für das Reichstagesgebäude die Reichsregierung. Für die Gebäude der Landtage die Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages. Die Strafen des Artikels 13 des Grundgesetzes sind, wenn die Strafen des Artikels 13 des Grundgesetzes nicht durch den Reichstag oder eines Landtages über das Verhalten des Gebäudes oder über das Verhalten in dem Gebäude erfolgt, mind mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geld-

strafe bis zu 1500 Mark bestraft (§ 4). Auf die Mitglieder des Hauses findet diese Bestimmung keine Anwendung. Das Gesetz soll nach § 5 mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten.

Wenn die Begründung des Gesetzesentwurfes die Ereignisse des 13. Januars zum Vorworte für die Notwendigkeit eines erhöhten Schutzes der gesetzgebenden Körperschaften heranzieht, so geschieht das durchaus grundlos. Ebenso wenig sachlich ist der Hinweis auf England und Frankreich. Die dort bestehenden Bestimmungen sind ja Jahrhunderte alt, und von staatskonservativen Regierungen geschaffen, während hier eine „sozialistische“ Regierung daran geht, eine durchaus unnötige Einschränkung des Versammlungslabens vorzunehmen.

Erzbergers Steuererklärungen.

Die „Gomburger Nachrichten“ veröffentlichen in ihrer Sonntagnummer einen ihnen „von besonderer Seite“ zugegangenen Artikel über die Steuererklärungen Erzbergers, in dem der Reichsfinanzminister fortgesetzt erheblicher Steuerhinterziehungen beschuldigt wird. Da der Artikel auch von der Berliner reaktionären Presse wiedergegeben wird, scheint es sich um eine Parallelation zu der jetzt von Bekkerich gegen Erzberger geführten Kampagne zu handeln.

Zunächst habe Erzberger entgegen seiner im Helfferich-Prozess gemachten Behauptung, 1904 bereits über Vermögen verfügt zu haben, damals keinerlei Einkünfte aus Kapitalvermögen bezogen und auch in den folgenden Jahren nur 140 Mark Kapitalertrag angegeben. Ferner habe er sein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung bis 1915 nur mit 8000 Mark angegeben, während er nur durch seine Tätigkeit als Schiedsrichter bei Eisenbahnbauten diesem Einkommen mindestens nahekommen sei. Trotzdem er seit Mai 1915 von Thyssen jährlich 40 000 Mark bezogen habe, deklarierete er im Januar 1916 ein Gesamteinkommen aus gewinnbringender Beschäftigung von nur 20 000 Mark, und 1917 nur 40 000 Mark; im letztgenannten Jahre aber nur die Hälfte seiner Thyssenschen Bezüge, und 1917 nur diese Summe, obwohl er außerdem erhebliche Einnahmen aus schriftstellerischer Tätigkeit gezogen habe. Ebenso habe Erzberger seinen 1918 aus der Gesellschaft „flüssige Luft“ gemachten Gewinn von 27 800 Mark, seine Einnahmen aus den Bergischen Schiedssprüchen usw. nicht angegeben. Im Januar 1918 deklarierete er 20 500 Mark, obwohl er mindestens 47 000 Mark versteuern mußte. Für 1919 soll er nur 16 700 Mark angegeben haben, trotzdem sein steuerpflichtiges Ministergehalt allein 40 000 Mark betrug und er außerdem von der Firma Berger rund 15 000 Mark bezog.

Es bleibt abzuwarten, was Erzberger zu diesen schwersten Vorwürfen, die gegen einen Finanzminister erhoben werden können, zu sagen wird.

Ueber diese Angriffe hat Wolffs Bureau an das Reichsfinanzministerium eine Anfrage gerichtet, und folgenden Bescheid erhalten:

Der persönliche Kampf gegen den Reichsfinanzminister nimmt immer mehr Formen an, die eine völlige Verwilderung aller Moralbegriffe in erschreckender Weise offenbaren. Es ist das kaum glaubliche möglich geworden, daß die Veranlagungsalten des Reichsfinanzministers aus dem Finanzamt Charlottenburg entfernt und photographiert wurden, um als Anlagen eines Pamphlets gegen den Reichsfinanzminister vervielfältigt zu werden.

Wenn die Urheber dieses schamlosen Streiches und die an ihm Beteiligten glauben, auf diese Weise eine wirksame Waffe in die Hand bekommen zu haben, um den verhassten politischen Gegner zur Strecke zu bringen, so werden sie sich darin täuschen: der Reichsfinanzminister wird es mit Fug und Recht ablehnen dürfen, über seine privaten Einkommenverhältnisse und seine steuerlichen Angelegenheiten sich in der Öffentlichkeit mit seinen Gegnern auseinandersetzen zu lassen.

Im übrigen kann nur gesagt werden, daß die Steuerbehörde ohne jede Beeinflussung durch den Reichsfinanzminister den Verleumdungsprozess gegen Helfferich verfolgt und das Ergebnis der Beweisaufnahme auch vom steuerlichen Standpunkt prüfen wird. Das Ergebnis dieser Prüfung wird der Reichsfinanzminister mit ruhigem Gewissen abwarten.

Andererseits werden auch im Interesse eines jeden Steuerzahlers allerhöchste Maßnahmen gegen eine unbefugte Offenlegung und Benutzung von Steuerakten geboten sein.

Im dem Urteil über die Formen des Kampfes gegen Erzberger sowie über den Diebstahl der Steuerrollen stimmen wir der Erklärung durchaus zu. Doch sind wir im Gegensatz zu ihr der Meinung, daß die Öffentlichkeit ein unbedingtes Recht hat, Aufklärung darüber zu verlangen, ob ein Reichsminister sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht hat oder nicht. Mit der Erklärung des Reichsfinanzministeriums kann deshalb diese Angelegenheit nicht erledigt sein.

Der Ausweisungsskandal.

Der „Vorwärts“ teilt in seiner Sonntagsausgabe mit, daß der Ausweisungsbefehl gegen unseren Redaktionskollegen A. Stein zurückgezogen sei. Es ist recht auffällig, daß dem Genossen Stein keine amtliche Mitteilung über die Aufhebung des Ausweisungsbefehls zugegangen ist. Bevor eine solche Mitteilung erfolgt, kann diese skandalöse Angelegenheit, die für die Würde der Behörden ebenso bezeichnend ist wie für die völlige Rechtslosigkeit der „Ausländer“ im republikanischen Deutschland, nicht als erledigt angesehen werden.

Das Privileg auf Steuerdrucker. I.

Bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes im Ausschuss der Nationalversammlung entschloß sich dieser Tage dem Reichsfinanzminister Adolf Braun eine niedliche Probe seines Bestimmungswechsels. Genosse Dänovell, der Vertreter unserer Fraktion, halte mit wenigen Worten die Ablehnung des § 44 des Gesetzes vor, der bestimmt, daß bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung 10 Prozent des Betrages für Steuerzwecke vom Unternehmer einbehalten werden müssen. Darauf erklärte Herr Braun, er fände den § 44 — der sich nachher, nur gegen Angstschelte und Arbeit, nicht aber auch gegen die Unternehmer selbst richtet — lang und weise und denke nicht daran, den Arbeitern ein „Privileg auf Steuerdrucker“ zu geben. Die Steuerbeiträge seien so hoch, daß sie überhaupt nicht gezahlt werden würden, wenn man sie nicht sofort an der Einkaufskasse erhalte.

Mit anderen Worten: Herr Braun verdächtigt die Arbeiterklasse glatt des Willens zur Steuerhinterziehung, das ist um so unerheblicher, als gerade der ungeheuren Mehrheit der Arbeiter schon früher riefen jeder Pfennig ihres Einkommens durch die Verpfändung der Unternehmer zur Angabe der Höhe der Arbeiter besteuert werden konnte, während bei den übrigen, ins-

besondere den kapitalistischen Schichten, Steuerhinterziehung fastverständlich waren. Als unser Genosse Braun auf seine Bemerkung fastzagelte, suchte er sie als ganz harmlos hinzustellen. Daß sie aber durchaus nicht harmlos ist, zeigt die Tatsache, daß die rechtssozialistische Fraktion einmütig für den Paragrafen stimmte.

Zweiterlei Maß.

Auf unsere Frage, was gegen den bekannten Organisten von Pogromen, den Knip-Kunze, veranlaßt worden ist, bei dem 1000 Totschläger mit Handriemen abgehandelt worden sind, erwiderte der „Vorwärts“, der Landeskommissar für die bürgerliche Sicherheit habe bereits vor Eintreffen unserer Mitteilung die „erforderten Schritte“ gegen Kunze unternommen. Leider erfahren wir nicht, worin diese Schritte bestanden haben. Sollten sie sich darin erschöpfen, daß ein Aktensind angeordnet worden ist und „Untersuchungen“ angeleitet worden sind, so dürften wir dazu wohl eine Vollstreckung dafür erblicken, daß der Landeskommissar, dessen Aufgabe, wie wir uns zu erinnern glauben, seinerzeit mit der Notwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen die antisemitische Propaganda der Tat beschränkt wurde, gegen diese Gesellschaft mit beweisbarer Härte vorgeht, während er gegen Unschuldige und Kommunisten, ohne daß auch nur der Schatten eines Beweises für ihre Absicht der Beübung von Gewalttätigkeiten vorliegt, von allen Möglichkeiten des Belagerungs- und Verhaftungsgebrauchs mocht.

Die Helden.

Nach den Ausschreibungen in der Freitag-Versammlung des „Bundes Neues Vaterland“ in der Kaiser-Friedrich-Schule in Charlottenburg sind folgende Personen verhaftet worden: Sozialist Hermann Rille, Einjährig-Freiwilliger Siegfried Krause, Föhnenjunker Karst v. Winterfeldt. Außerdem wurden folgende vierzehn Personen festgenommen, von denen noch nicht feststeht, ob sie an den Ausschreibungen beteiligt gewesen sind: Leutnant Föhner, Vizefeldwebel Hans Föhner, Hauptleutnant Wilhelm Föhner, Leutnant Rudolf Sohm, Leutnant Robert Meier, Schütze Rudolf Schröder, Schütze Konrad Helfferich, Gefreiter Hermann Hoffmann, Obermatrose Georg Kraft, Schütze Heinrich Branke, Einjährig-Freiwilliger Erich v. Nassau-Prince, Soldat Eduard Meiß, Leutnant Hans Köhler.

Die „Gast“ dient nur zur Feststellung der Namen und dauert ein paar Minuten. Nachdem die mühevollen Arbeit erledigt war, wurden die Helden auf freien Fuß gesetzt. Sie werden mittlerweile bereits die Pläne zu einem neuen Gewaltakt ausarbeiten.

Provinziallandtag für Brandenburg.

Die 48. Tagung wurde durch den Oberpräsidenten Da Raier mit einer Ansprache eröffnet. Der Inhalt war der übliche, vollkommener Zusammenbruch Deutschlands, erfordere die Wägung der Gesamtarbeitsleistung, Verlegen (ankalt Verlegen) der Landwirtschaft. Dazu das Streben, im Einklang die Einkommen zu vergrößern usw. Die Urachen aller dieser angeblichen Leiden und Schwächen wurden nicht erwähnt, kein Wort von denen, die durch ihre wahrhaftige Politik das Volk in den Krieg hineingehört haben. Arbeiten im Schweiße des Angesichts, neben Opfern an Geld auch Opfer an Arbeit. Wollten sie den Hinweis auf den Kaiserlichen Friedensvertrag und die Abkehr in der Auslieferungstrage.

Die bürgerlichen Parteien haben sich mit Ausnahme der Demokraten — die hier die Stelle der Zentrumspartei übernommen haben — einer Interessenvertretung zusammengeschlossen, um als große Fraktion zu erscheinen und im Provinzialparlament zu wirken.

Als Vorsitzender wurde Dr. Worchardt, Charlottenburg (Reg.-Bez.) gewählt, der in seiner Ansprache den Wunsch ausdrückte, diejenigen, die auf monarchistischem Boden stehen, möchten genau so uneigennützig mitarbeiten, wie seine Partei es unter dem früheren System getan habe. Er legte ein republikanisches aber kein sozialistisches Bekenntnis ab.

Die Befürchtung, die Reaktion könnte sich an dieser Stelle in ihrer ganzen Radikalität zeigen, ist nicht angebracht, weil diese Leute in ihren Städten und Gemeinden genügend nachkontrolliert werden können.

Unter den gewählten Schriftführern befindet sich auch unser Genosse Riefer, Charlottenburg. Außerdem wurden von unserer Partei Genossen in den Hauswirtschafts- und Kreis- und Rechnungsausschuss Radtke, Wirtschaftsprüger Eberle, Wahlprüfungsausschuss besetzt. Auch in den übrigen Ausschüssen und Kommissionen sind wir vertreten.

Der Prozess gegen Oberleutnant Hiller verläuft. Die Verhandlung gegen den früheren Oberleutnant Hiller gegen den im Holl-Geleit-Verfahren eingeleitet worden war, ist verfallen worden. Die Verhandlung, die am 26. Februar vor dem Gericht des 3. Armeekorps stattfinden sollte, mußte vertagt werden, da der Aufenthalt wichtiger Zeugen bisher nicht ermittelt werden konnte.

Hauptmann von Beerfeldt erklärt zu der Tatsache, daß er unter Nr. 173 der französischen Auslieferungsliste als Urheber der Wänderung der Bibliothek in Laon (März 1917) angeführt ist, er habe beim Quartermaster für das Generalkommando des XI. Armeekorps als dessen Adjutant auch die Räume der Bibliothek des Justizpalastes in Laon mit Besatzung besetzt. An irdischen Wänderungen sei er weder beteiligt, noch habe er ihnen Vorschub geleistet, er hätte nicht einmal etwas davon erfahren, denn sonst hätte er das zu verhindern versucht. Hauptmann von Beerfeldt fährt die gegen ihn erhobene Anschuldigung auf die Denunziation eines der ersten Rechtsanwälte in Laon zurück, dessen Quartier ebenfalls getarnt werden mußte, worüber der Herr sehr erbittert war. Er erklärt, daß er sich einem Gericht sofort zur Verfügung stellt.

Katholiken sind im hiesigen Bergbau. Die Organisations der katholischen Bergleute erklärten sich mit der Einführung der Katholiken für befristete Zeit und gegen Sonderergütungen einverstanden.

Ein neues Arbeitsverbot. Das kommunistische Organ „Der Kampf“, wurde am Freitag erneut auf vier Wochen verboten und der Schriftleiter Rande in Haft genommen. Als Grund zu diesem neuen Verbot mußte ein Artikel über die „Katholiken“ herhalten, wobei die bürgerliche Tageszeitung scharf kritisiert wurde.

Für die Herstellung des Friedenszustandes mit Deutschland hat Senator France im amerikanischen Senat eine Tagesordnung eingebracht. Eine internationale Konferenz soll die Wiedergutmachungs- und Organisationsfragen regeln.

Der Austausch der Gefangenen zwischen England und Rußland. Die O'Grady, der aus Kopenhagen in London angekommen ist, bekannt gibt, sollen nach dem mit dem russischen Vertrag sämtliche britischen Militär- und zivile gefangenen binnen einem Monat freigelassen werden. Die Hauptfrage sei, daß die Russen aus England, Holland und Dänemark nach Rußland befördert würden. Die englischen Gefangenen würden sofort freigelassen werden, sobald die russischen sich auf holländischem Gebiet befinden.

Elternbeiratswahlen.

Die Wahlergebnisse.

Die Wahlen der Elternbeiräte in den Gemeinden Groß-Berlin haben gestern unter fast überall schwacher Beteiligung stattgefunden. In Wilmersdorf z. B. erschienen nur etwa 35 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahlurne. Trotz der gehaltenen Agitation, die von allen Parteien betrieben wurde, sind die Wähler der Aufforderung zum Wählen nicht gefolgt, da ihnen scheinbar die Bedeutung der Elternbeiräte noch nicht klar geworden ist.

Hast überall waren drei Listen aufgestellt, und zwar von den Unabhängigen, den Rechtssozialisten und den Christlichen (sozialistischen, unpolitischen). In vielen Orten konnten die Unabhängigen die meisten Stimmen auf ihre Kandidaten vereinen, so in Ober-Friedenau, Reich, Treptow, Baumshulenberg, Bernau u. a. In Ober-Friedenau u. a. haben sie an einzelnen Schulen sogar die absolute Mehrheit der Sitze.

In Schöneberg dagegen konnten die Christlichen fast überall die absolute Mehrheit erringen, während die Unabhängigen weit hinter ihnen zurückblieben, aber doch mehr Stimmen als die Rechtssozialisten erhielten.

Nachstehend geben wir die Resultate wieder, soweit sie uns zugegangen sind:

Wilmersdorf. 6. Gemeindefschule 121 Stimmen für die sozialdemokratische Liste. 2. Gemeindefschule 110 Stimmen für die sozialdemokratische Liste. Die von den Christlichen Parteien aufgestellte Liste wurde für ungültig erklärt, weil sechs der Unterzeichner in den Wählerlisten nicht aufzufinden waren.

Schöneberg. 3. Gemeindefschule wurden 243 Elternbeiräte gewählt; davon erhielten: Christliche 146, U. S. P. 64, S. P. D. 41. Teilergebnisse: 2. Gemeindefschule: Christliche 244 (8 Sitze), U. S. P. 124 (4 Sitze), S. P. D. 77 (2 Sitze). — 4. Gemeindefschule: Christl. 246 (11 Sitze), U. S. P. 104 (5 Sitze), S. P. D. 75 (2 Sitze). — 5. Gemeindefschule: Christl. 378 (11 Sitze), U. S. P. 137 (4 Sitze), S. P. D. 72 (2 Sitze). — 6. Gemeindefschule: Christl. 211 (15 Sitze), U. S. P. 79 (5 Sitze), U. S. P. 13 (1 Sitze). — 8. Gemeindefschule: Christl. 354 (11 Sitze), U. S. P. 106 (5 Sitze), U. S. P. 117 (4 Sitze). — 10. Gemeindefschule: Christl. 223 (10 Sitze), U. S. P. 215 (7 Sitze), S. P. D. 107 (4 Sitze). — 11. Gemeindefschule: Christl. 215 (8 Sitze), S. P. D. 78 (3 Sitze), U. S. P. 122 (5 Sitze). — 14. Gemeindefschule: Nationalsozialistische Liste 443 (13 Sitze), U. S. P. 23 (0 Sitze), S. P. D. 19 (0 Sitze). — 15. Gemeindefschule: Christl. 235 (11 Sitze), U. S. P. 165 (5 Sitze), S. P. D. 90 (2 Sitze). — 3. Gemeindefschule: Christl. 180 (10 Sitze), U. S. P. 129 (8 Sitze), S. P. D. 82 (5 Sitze). Die Christliche Liste soll hier auf Einspruch der U. S. P. für ungültig erklärt werden. — 12. Gemeindefschule: Christl. 8 Sitze, S. P. D. 4 Sitze.

Ober-Friedenau. 1. Gemeindefschule: Christliche 120 (6 Sitze), U. S. P. 140 (8 Sitze), S. P. D. 59 (3 Sitze). — 2. Gemeindefschule: Christliche 92 (8 Sitze), S. P. D. 44 (2 Sitze), U. S. P. 100 (7 Sitze). — 3. Gemeindefschule: Christliche 168 (6 Sitze), U. S. P. 129 (7 Sitze), S. P. D. 83 (1 Sitze). — 3. Gemeindefschule: Christl. 124 (5 Sitze), U. S. P. 213 (10 Sitze), S. P. D. 69 (3 Sitze).

Nieder-Schönau. In der dortigen Gemeindefschule erhielten bei den Wahlen die bürgerlichen Parteien 9 Sitze, die Unabhängigen 10 und die Rechtssozialisten 7 Sitze.

Treptow-Baumshulenberg. U. S. P. 88 Sitze, S. P. D. 18, Christlich-unpolitische 19 Sitze. Bemerkenswert war hierbei, daß von einem Kandidaten der Christlichen Einspruch dagegen erhoben wurde, daß er auf die Liste gesetzt wurde, ohne daß er etwas davon wußte.

Mierdorf. U. S. P. 24, S. P. D. 4, Christliche 18, Freie, U. S. P. 19 Mandate, Christliche 16, S. P. D. 7. Bemerkenswert ist, daß von Seiten der Bürgerlichen mit großem Aufwand gearbeitet wurde, während sonst immer schwache Wahlbeteiligung zu verzeichnen war.

Nieder-Schönau. Resultat von drei Schulen: U. S. P. 18, S. P. D. 8, Christliche 20.

Bernau. Wahlbeteiligung 44 Proz. U. S. P. 218, Christl. 290, S. P. D. 120, 19 Stimmen ungültig.

Leitzow. U. S. P. 5 Mandate, S. P. D. 3, Christliche 6.

Charlottenburg. Eltern, deren Kinder das Softe-Charlotten-Kindergarten besuchen, dessen Nebenklassen besuchen, werden gestern, sich Dienstag, Abends 8 Uhr, im Lokal von Döbelsow, Edmünderstraße, Ecke Nordhauser Straße, einzufinden.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung der Berliner Eisenbahner.

Am gestrigen Sonntag tagte im großen Saale der „Neuen Welt“ die ordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbands, Verwaltungssitzes Berlin. Von der umfangreichen Tagesordnung konnte nicht der erste Punkt — Tätigkeitsbericht vom November 1919 bis Februar 1920 — nicht erledigt werden, da sich an den Bericht des Bevollmächtigten Schulz eine sehr lebhaft geführte Debatte knüpfte.

Schulz ging in seinem Rapport gehaltenen Bericht auf die Beziehungen der Eisenbahnergewerkschaften in Berlin und im Reich ein. Wenn in der bürgerlichen Presse behauptet wird, die Schließung der Werkstätten müßte erfolgen, um die Produktion derselben zu erhöhen und es gleichzeitig in Abrede gestellt wird, daß von Seiten der Behörde Maßnahmen von Verwaltungsverwaltern der Arbeiter geplant waren, so ist das eine bewusste Lüge. Es kann unter Beweis gestellt werden, daß z. B. in Berlin die Werkstätten geschlossen wurden und bei Wiedereröffnung die Funktionen nicht wieder eingeleitet werden sind. Diese Maßnahmen richteten sich gegen den D. S. P. und gegen die Massenbewegungen der Arbeiter überhaupt. Daß durch die Schließung der Werkstätten die Produktion vollständig ins Stocken geraten ist, scheint der Behörde gleichgültig zu sein; ihr geht es, wenn sie durch die Maßnahmen der Funktionen die Arbeiterkraft geschädigt hat. Das System Dreizehner war nicht so reaktionär wie das gegenwärtige.

Schulz teilte noch mit, daß er wegen Verhandlungen, die er mit dem Ministerium geführt hat, Differenzen mit dem Hauptvorstande gehabt habe. Dieser habe ihm die Qualifikation zum Bevollmächtigten abgesprochen. Trotzdem die Entscheidung hierüber letzten Endes die Mitglieder zu fällen haben, lehnte er es doch ab, nachmals für den Bevollmächtigten zu kandidieren.

In der Diskussion wendet sich Ulrich gegen die Tätigkeit der beiden Bevollmächtigten. Diese hätten sich ihren Aufgaben nicht gewachsen gezeigt. Aber auch der Hauptvorstand hat es nicht besser. Dies ist ganz besonders bei den Schließungen der Reparaturwerkstätten zum Ausdruck gekommen. Auch Eisenbahner haben gegen die Bevollmächtigten Stellung genommen, wozu sich Schulz, Stolz und Wächter gegen den Hauptvorstand, der die Mitglieder nicht gegen die Maßnahmen in Schutz genommen habe und ihnen sogar die ihnen zugehörige Schlichtungsunterstützung verweigere. Stolz bezichtigte die jetzt anwesende Kontrollkommission des Verbandsvorsitzenden Brunner aus dem Verort des Eisenbahnministeriums als Lüge; Brunner hätte schon längst austreten müssen.

Der Verbandsvorsitzende Scheffel reaktivierte in längeren Ausführungen die Haltung des Hauptvorstandes. Daß die Organisation Schaden genommen habe, da an seinen verschiedenen Bewegungen und wilden Streiks schuld. Beschämend sei es gewesen, daß die Kollegen bei der Wiedereröffnung der Betriebe im Sturm auf sich zum Wiedereintritt meldeten. Auch dadurch seien dem Hauptvorstand die Hände gebunden worden. „Wir wissen genau“, so jagte Scheffel, „daß es dem Eisenbahnministerium darauf ankam, die Funktionen der Organisation aus den Betrieben auszuschließen, ganz besonders da die Betriebsratswahlen vor der Tür stehen. Wir haben uns stets gegen Maßnahmen gewandt, gleichviel, gegen wen sie ausgeübt wurden. Der Hauptvorstand wird noch wie vor den geraden Weg der alten bewährten gewerkschaftlichen Taktik gehen, wenn es sein muß, auch gegen den Willen der Mitglieder.“

Nachdem der Bevollmächtigte Knebel sich gegen einzelne Kritiken in der Tätigkeit der Bevollmächtigten gewandt hatte, legte er dar, mit welchen Schwierigkeiten die Verwaltung zu kämpfen habe.

Förster und Steinberg verteidigten ebenfalls ihre Stellungnahme als Mitglieder der Verwaltung bzw. des Hauptvorstandes.

Wegen der vorgeklärten Zeit wurden die Verhandlungen abgebrochen; es wurde beschlossen, die vorgeschmiedete Wahl der Ortsverwaltung durch Unmuth vorzunehmen. Die Generalversammlung wird am Sonntag, den 7. März, fortgesetzt.

Der Schiedsspruch für Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Grunde Urabstimmung.

Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses werden die Mühlenarbeiter angehalten, vom 1. Januar 1920 ab an alle in den Mühlen beschäftigten Arbeitnehmer eine Teuerungszulage von 15 (25) pro Woche zu gewähren. Vom 16. Februar ab erhöht sich diese Summe um 37,50 M. bei allen männlichen Arbeitnehmern, bei Frauen um 25 M. pro Woche, und beträgt von da ab der Lohn für Arbeiter, Köhler, Arbeiter vor dem gebenden Zeug, Saager, Saadträger, Maschinenisten, Feiger, Handwerker aller Art und Holzgewerkschaften einschließlich der schon erwähnten 15 M. Teuerungszulage 170 M. (195), für alle anderen Arbeiter: Bodenarbeiter, Heilreiner, Kohlenarbeiter usw. 165 M. (190), für Frauen 110 M. (122,50). Für Aushilfsleistungen im Innern eines Kessels ist ein Stundenlohn von 30 Pf. zu gewähren.

Die von den Arbeitnehmern aufgestellten Forderungen betragen 195 bzw. 190 bzw. 122,50 M.

In einer Versammlung der Funktionäre, die gestern stattfand, wurden die Jugendlichen des Schiedsspruches als zu gering bezeichnet und der Schiedsspruch daher von fast allen Mitgliedern zur Ablehnung empfohlen. Selbst die Rechtssozialisten sprachen diesen Satzpunkt. Die Mitglieder sollen durch Urabstimmung befragt werden, ob sie durch einen Streit versuchen wollen, die aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

Bei dieser Gelegenheit kam auf der neuesten Roske-Str. 10, der Sprache, der bekanntlich die Erliegung lebenswichtiger Betriebe der Straße verleiht. Die Gewerkschaften wurden scharf angegriffen. Früher hätten sie gegen denartige Streitverbot sich zum Protest aufgeführt, aber jetzt geschweige nichts. Das geschähe zweifellos mit Rücksicht auf ihre Parteigenossen in der Regierung.

Die Urabstimmung über den Schiedsspruch soll am heutigen Montag in dem Beir der stattfinden. Diejenigen, die für Annahme des gefällten Schiedsspruches sind, stimmen mit „Ja“. Diejenigen, die für Ablehnung sind, stimmen mit „Nein“. Der Streit ist annehmbar, wenn zwei Drittel der für die Bewegung in Betracht kommenden in geheimer Abstimmung mit „Nein“ stimmen haben.

Am Dienstag ist das Abstimmungsmaterial bis 6 Uhr auf dem Bureau des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes, Rudolfsstraße 10, 1, abzugeben. Anschließend wird die Auszählung vorgenommen.

Aus diesem Ergebnis sich ergebenden weiteren Maßnahmen werden die in Frage kommenden Organisationen mit den in Betracht kommenden Vertrauensmännern dann den Kollegen zugehen lassen.

In der gestrigen Versammlung der Postboten, Anwärter, jugendlichen Telegrammbesteller, Arbeiter, Posthelfer und -helferinnen gab Schulz zunächst einen Überblick über die mit dem Reichspostministerium gepflogenen Verhandlungen und erläuterte sodann den neuen Reichstarif für Postboten usw. Der Tarif wurde mit großer Mehrheit angenommen und folgende Resolution zur Abstimmung an das Reichspostministerium beschlossen: „Die Versammlung der Postboten, Postbotenanwärter, jugendlichen Telegrammbesteller, Postarbeiter, Posthelfer und -helferinnen sowie die Reinemacherinnen vom Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin erklärt sich mit den Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstaries einverstanden. Die Unterzeichneten erwarten, daß nunmehr, wo alle sachlichen Differenzen beseitigt sind, die Unterzeichnung des Reichstaries umgehend erfolgt und die Oberpostdirektion sofort Anweisung erlassen, den revidierten Lohn ab 1. 1. 20 auszuführen.“ Der Tarif sieht für männliche Personen Tageslohn von 16—20 M., für weibliche von 13—17 M. Stundenlohn von 2 bis 2,80 M., für nicht voll beschäftigte männliche und 1,95 bis 2,25 M. für weibliche Kräfte vor.

Betriebsräte, Arbeiter, Angestellten- und Beamtenausschüsse des Verkehrsgebietes! Keiner der genannten Funktionäre versäume, in die heute Abend 6 Uhr in den „Borussia-Sälen“, Adrethstraße 6/7, stattfindende Funktionäre-Versammlung des gesamten Verkehrsgebietes zu gehen.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Holzindustrie! Heute, Montag, 7. große Versammlung aller Beschäftigten in der Holzindustrie. Näheres siehe Sonntagnummer der „Freiheit“.

Aus den Organisationen.

II. Bezirk, 2. Abteilung. Montag Abend 7 Uhr in der Schulstraße, Streiter Straße 4, Versammlung. — 8. Abteilung. Versammlung in der Schulstraße 6/7, Adrethstraße 6/7. Das Thema lautet in beiden Versammlungen: Die Elektrizitätsabteilung. Referenten: Genossen Goh und Kosenberg. — Versammlung für die Eltern, deren Kinder die 6. Knaben- und 13. Mädchen-Schule (Hilfsschule) besuchen, im Lokal von Döbelsow, Streiter Straße 10, Tagesordnung: Das soziale Schulprogramm und die Elternkommissionen. Referent: Oberlehrer Dr. Otto Vier.

Charlottenburg. Heute Abend 8 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Volkshaus mit Vortrag des Genossen Gröschke.

Mierdorf. Heute Abend 7 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung: „Die blutigen Vorgänge am Reichstag, Delogierungszustand und Minister Deine“. Referent: Genosse Leib.

Treptow-Baumshulenberg. Heute Abend 1/2 Uhr Frauen-Verband des Ortsvereins Treptow im Lokal von Sandk. Gröschke. Referent: Genossin Weger-Alkoholische. Bitte willkommen.

Baumshulenberg. Die Genossen des Ortsvereins Baumshulenberg treffen sich heute Abend 7 Uhr im Lokal von (früher) Erbs. Baumshulenberg, 13, zu einer äußerst wichtigen, unauflösbaren Versammlung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Bereinstellender.

Sozialistische Pretextier-Jugend, Programm Vorblatt. Montag Abend 7 Uhr, Vortrag über: „Was haben wir von Betriebsräten?“ Mühlen-Schule, Sandk. Gröschke 13.

Groß-Berlin.

Die Höchstmietenerordnung.

Erneuter Einspruch des Oberpräsidenten.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Oberpräsident auch gegen den erneuten Beschluß des Verbandsausschusses vom 10. d. M. Einspruch erhoben. Der Einspruch wird damit begründet, daß die Zuschläge des vom Minister für Volkswohlfahrt in seinem Ausführungserlaß als angemessen bezeichnete Höhe überschreiten und deshalb herabgesetzt werden müssen. Der § 1 der Verbandsverordnung widerspricht ferner dem § 10 der Ministerialverordnung und werde daher von Amts wegen wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Befugnisse beanstandet.

Folgt dieses Einspruches kann die Verbandsverordnung nicht in Kraft treten. Nach dem gesetzlichen Verfahren geht die Regelung der Angelegenheit nunmehr auf die Staatsbehörden über, die damit die Verantwortung übernehmen. Durch den Bezirksausschuß wird ein aus 10 Personen, zur Hälfte aus Hausbesitzern, zur Hälfte aus Mietern bestehender Sachverständigenausschuß gewählt, der unter dem Vorsitz des Bezirksausschussvorsitzenden die weiteren Festlegungen endgültig treffen wird.

Ein Verbot.

Am 22. Februar hat das Profetariat der Welt den achtzigsten Geburtstag August Bebel's, des großen Führers der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale, gefeiert. Die Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9, wird in diesen Tagen das beste Bildnis von dem alten Kämpfer, eine Photographie des bekannten Künstlers Nicola Perscheid, in ihren Auslagen zur Ausstellung bringen.

Frauenmord in Berlin N.

Ein neues Kapitalverbrechen wurde gestern vormittag wieder im Norden der Stadt entdeckt. In der Tiefstr. 89 wurde die 24 Jahre alte aus Kalzigen stammende Schneiderin Sabina Köhler in ihrem Bett unter der Decke verdeckt mit starken Strangulationsmalen und Kratzwunden am Hals tot aufgefunden.

Die Köhlerin hat, obwohl sie nicht unter ständiger Kontrolle steht, Männerverhältnisse auf der Straße gesucht. Außerdem besah sie zwei Liebhaber. Einer davon verbrüht zur Zeit in der Strafanstalt zu Regel eine Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung. Der andere, der nur unter dem Namen Fritz bekannt ist, ist ein Glanzspieler, der in verschiedenen Lokalen im Umherziehen aufspielt. Ein Bruder der Köhlerin ist von einigen Tagen bei einer Maggia in der Diagonenstraße festgenommen worden und sitzt in Untersuchungshaft. Im Verlaufe mit ihrer Schwester Rücksprache zu nehmen, hatte sie am Sonntagabend in diese, die in Ostend wohnt, ein Telegramm geschickt. Die Schwester kam daraufhin mit ihrem Bräutigam nach Berlin. Als beide gestern morgen um 8 1/2 Uhr die Köhlerin aufsuchen wollten, fanden sie diese tot im Bett liegen. Kratzwunden und Würgemale am Hals ließen sofort erkennen, daß sie eines gewaltsamen Todes gestorben war. Die benachrichtigte Kriminalpolizei stellte fest, daß die Köhlerin am Sonntagabend, wie fast täglich, ihren Geliebten in Regel besucht und diesem Nahrungsmittel gebracht hatte. Später war sie dann mit einer Frau Köhler aus der Schlegelstraße in ein Kino gegangen. In der Zwischenzeit war ihr gewisser Gellebter, der Glanzspieler Fritz dagewesen und hatte sie verabschiedet.

Ein Straßenmädchen sagte aus, daß die Köhlerin mit ihm noch um 12 1/2 Uhr an der Ecke der Daulsee- und Tiefstraße gestanden habe. Wahrscheinlich hat sie dort die Bekanntschaft eines Mannes gemacht und diesen mit auf ihr Zimmer genommen. Dieser hat sie dann, selbst auch im Bett liegend, wie aus dem erwähnten Unterbefrag zu schließen ist, im Bett erwürgt, indem er ihr mit der einen Hand die Hände auf dem Rücken festhielt und mit der anderen die Kehle zudrückte. Die Köhlerin hat dabei einen Bluterguß aus der Nase erlitten und der Täter sich dabei die Hände mit Blut besudelt. Diese hat er sich dann an einem Handtuch, das Blutflecke aufweist, gereinigt. Geraucht hat er nur die Handtasche des Mädchens, wahrscheinlich auch nur, um sich in den Besitz der Schlüssel zu setzen um ungehindert das Haus verlassen zu können. Dabei ist er von niemandem gesehen oder gehört worden. Ob die Leiche auch noch Geld oder Geldwert enthielt, steht noch nicht fest. Ansehend aber hatte die Ermordete nur wenig oder gar kein Bargeld. Die Jugendvernehmungen und Nachforschungen nach dem Täter wurden fortgesetzt.

Der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer, der die Leiche des Mädchens untersuchte, stellte fest, daß ein typischer Fall von Ertröpfung vorliegt. Auf die Ermittlung des Täters hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt, die für Personen aus dem Publikum bestimmt sind, die sachdienliche Angaben machen können. Diese sind zu richten an die Nachkommenschaft im Zimmer 62 des Berliner Polizeipräsidiums.

Märschule der Groß-Berliner Arbeiterkassette. Am heutigen Montag beginnt wieder der Kurus des Genossen Oehring über Fabrikorganisation, der wegen Erlangung des Lehrereines Male ausfallen mußte. Da bisher nur eine Unterrichtsstunde stattgefunden hat, können noch neue Hörer aufgenommen werden. Anmeldungen zu Beginn der Stunde. Der Unterricht findet, wie bisher, im Zimmer 27 der Gemeindefschule hinter der Garnierkirche 2, statt.

Lebensmittelfinder.

Freibriefe. Am Mittwoch auf Warenbegutharte (3) 150 Gd. Rubel 36 Pf.; am Donnerstag auf Warenbegutharte (3) 260 Gd. Rubel (1,46 M.), auf 2: 260 Gd. Kartoffelmehl (1,45 M.); am Freitag gegen Vorlegung der Haushaltskarte 260 Gd. Kaffeebohnen (1,50 M.), auf Warenbegutharte (2) 1 Paket Milchpulver (55 Pf.).

Teget. Auf Groß-Berliner Lebensmittelkarte (5): 200 Gd. Kaffeebohnen; auf Gemeindefreihaltungskarte (4): 2 Päckchen Zuckerrüben; auf Sonderlebensmittelfreihaltungskarte (3): und für ältere Leute (2): je 200 Gd. ausl. Haserfloden.

Wahlkarten. Auf Kreislebensmittelfreihaltungskarte (7): 100 Gd. Rubel auf rote Lebensmittelkarte: 135 Gd. Kartoffelmehl (77), 125 Gd. Normalmehl (78), 1 Pöckel (79); auf 1 und 2 der Kartoffelkarte: 260 Gd. Hülsenfrüchte; auf Nährmittelfreihaltungskarte 260 Gd. Sojafloden; für Kriegsbeschädigte 600 Gd. Weizenmehl, Kartoffeln können sofort für die ganze Dauer der Karte aufgenommen werden.

Johannishof. Auf allgemeine Lebensmittelkarte: 260 Gd. Marmelade (57), 250 Gd. Haserfloden (57); auf Einfuhrzulassungskarte (127): 200 Gd. Getreidemehl; in der Gemeindefreihaltungskarte auf allgemeine Lebensmittelkarte (57): 1 Pöckel Zuckerrüben; auf Zulassungskarte für alle Leute (2): 260 Gd. Buchweizenmehl; auf Zulassungskarte für Kriegsbeschädigte (2): 2 Pöckel, Teilmehl und 2 Pöckel Haserfloden.

Käfers-Baumgarten. 4 Pöckel, Kartoffeln, als Ersatz 400 Gd. Nährmittel; auf Groß-Berliner Lebensmittelkarte (07 und 106) auf 1 Pöckel, Marmelade; auf örtliche Karte (2): 260 Gd. Hülsenfrüchte; für Kranke und Kinder bis zu 12 Jahren 260 Gd. ausl. Haserfloden.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Reichshaus, Verlagsanstalt „Freiheit“, a. S. m. b. H., Berlin. — Druck des Lubenbrucker und Verlagsanstalt m. b. H., Schillingen 13.

Auch die sauberste Mutter

in der Gefahr ausgeht, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Angehöriger mitbringt. Sie kann es aber — ungeachtet aller Rufen — sofort durch **Stopp- und Haarwasser Pfeifferrol** radikal beseitigen. Dabei schäumt unser Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schuppen, befördert den Haartwuchs und macht das Haar weich und locker. Flasche 2 u. 3 M., überall zu haben.

Paraffin-Pfeifferrol, gegen Kopfschmerzen u. Migräne, 1,25 M.
 Trierol-Puder Pfeifferrol, gegen Blässe, 1,25 M.
 Saube eine Pfeifferrol Tube 2,00 M.
 Procreme Pfeifferrol in Tuben und Dosen 1,50 M.
 Wundentzündung Pfeifferrol Platte 2,50, 3,50 und 5,00 M.
 Apotheker Otto Pfeiffer & Pöhlner, N 65, Schulstrasse 17.

Theater und Vergnügungen.

Volkshaus
 Theater am Hölwenplatz.
 7 1/2 Uhr: Predigt in Litauen

Opernhaus
 4 Uhr:
 Die Kugenoffen.

Schauspielhaus
 6 1/2 Uhr:
 Peer Gynt

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Die Soudax Semais

Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Gespenstersonate

Größes Schauspielhaus
 Karlstraße
 7 Uhr: Hamlet
 (12. Abtheilung, II. Abend.)

Direktion
 Carl Reinhardt — Prof. Bernauer
 Theater L. d.

Königsplatz
 10 Uhr: Schloß Wetterstein
 11 Uhr: Schloß Wetterstein
 12 Uhr: Schloß Wetterstein
 13 Uhr: Schloß Wetterstein
 14 Uhr: Schloß Wetterstein
 15 Uhr: Schloß Wetterstein
 16 Uhr: Schloß Wetterstein
 17 Uhr: Schloß Wetterstein
 18 Uhr: Schloß Wetterstein
 19 Uhr: Schloß Wetterstein
 20 Uhr: Schloß Wetterstein
 21 Uhr: Schloß Wetterstein
 22 Uhr: Schloß Wetterstein
 23 Uhr: Schloß Wetterstein
 24 Uhr: Schloß Wetterstein
 25 Uhr: Schloß Wetterstein
 26 Uhr: Schloß Wetterstein
 27 Uhr: Schloß Wetterstein
 28 Uhr: Schloß Wetterstein
 29 Uhr: Schloß Wetterstein
 30 Uhr: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
 10 Uhr: „Sie“

Dienstag, Neuzugang
Der Biberpelz
 Dienstag, Neuzugang
 11 Uhr: Die Soudax Semais
 Mittwoch: „Sie“
 Donnerstag: „Sie“
 Freitag: Der Biberpelz

Berliner Theater
 7 Uhr: Der letzte Waizer

(Friedl Haupt, Otto Stern, Hans Westmann usw.)

Lessing - Theater
 Direktion: Viktor Barowsky
 7 1/2 Uhr: Pygmalion
 11 Uhr: Pygmalion

Deutscher Klassik-Theater
 11 Uhr: Die Marquise von Arce

(Konstantin Seryan, Straßmann-Witt, Vaid)
 Dienstag u. Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 Die Marquise von Arce

Residenz-Theater
 (Städtische Jannowitzbrücke)
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Eichen Humbrecht

Mittwoch 4 Uhr: Rotkäppchen
Trianon-Theater
 (Bahnhof Friedrichstraße)
 Täglich
 7 1/2 Uhr: FEMINA
 Mittwoch: 4 U.: Max u. Moritz

Casino-Theater
 Lehnringstr. 27. Tägl. 7 1/2 Uhr
 — Letzter Monat! —
 Seit November aufgeführt:
Schniepels Lene
 Das Schlager aller Posen.
 Bitte Februar-Special hören!
 Sonntag 7 1/2: Die Wandlerin.

Apollo-Theater
 Friedrichstraße 218.
 7 1/2 Uhr: Unübertreffliches
 Varieté-Programm!

Theater am Hölwenplatz
 Tel.: Moritzplatz 1414.
 Tägl. 7 1/2 und Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
Elfte Sängler
 9 abem. Mittl. des
 ständiger Sängler,
 Blüthgen-Lied
 Vorz. II-III u. 4-6 M.

Circus Busch
 Heute Montag 7 1/2 Uhr
 Das 1. Febr.-Progr.!

N. O. G. Chorw. Choralist
 11 Uhr: Drahtseilkünstler, II
3 Urbans Kraft-
 turner 3
Amateurreiter
 100.— M. Deloheung
 erhält, wer 3mal stehend
 die Masche umreitet.
 Welche die übrig. Nummern.

Nachmittag der
Pantheons
 in „Aphrodite“.

Neues Operettenhaus
 Direktor: Joan Kraus
 Abends 7 Uhr 30 Min.:
Die kleine Hoheit

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Wilhelm Tell

Walhalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die Csardasfürstin.

Wintergarten.
 Täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
 Rauchen gestattet.

Junge Damen
 mit schöner Handschrift
 im Alter von 18 bis 16
 Jahren, welche gut rechnen können, als
Lehrkasselerinnen
 sofort gesucht. — Mel-
 dungen in unserer Person-
 al-Verwaltung 3. Stock.
Kaulhaus des Westens
 O. m. b. H.
 Berlin W 50,
 Tauentzienstr. 21/24.

Billige Wohnungen
 erzielt man durch
Patent-Schlafmöbel
 Verwandlung Chaiselongues,
 Bettstellen, Bettsofas, Bett-
 stühle, Tischbetten etc. Be-
 sichtig. ohne Kaufzwang erb.
 Nieme & Pasche, Tel. Lützowstr. 112,
 Berlin, Oranienstraße 112.

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-
Silber-
Abfälle
Zahngelisse
 kauft zu riesig
hohen Preisen
 in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
 1. Brunnenstr. 11
 am Rosenthaler Platz
 2. Fennstraße 48
 am Weddingplatz
 3. Bunsenstr. 29
 nahe der Termstraße
 4. Bahnhofstr. 2
 Ecke Schönberger Str.
 am Anhalter Bahnhof
 5. Neukölln
 Kaiser-Friedrich-Str. 229
 nahe Hermannplatz
 6. Weidenweg 72
 am Ballhausplatz.

Elektromotore
 Gleichstrom u. Drehstrom
 kauft
Ingenieurbureau Schlichting
 Berlin W 4, Linkstr. 98
 Tel.: Lützow 3708 und 2528.

Zahngelisse!
 Goldbruch, Silberbruch,
Platin
 Salpetersaures Silber,
 Quecksilber, sämtliche
 Metalle kauft höchst-
 zahlend
 Silberschmelze
 Christianst.,
 Köpenicker Str. 20a
 (gegenb. Manteuffelstr.)

Kupfer 24,—
Messing 14,—
Rotguss 20,—
Blei 8,—
Zinn 7,—
Reinzin 70,—
Metallschmelze,
Admiralstr. 3.

Verband d. Maler, Lackierer, Kunstreicher usw.
 Filiale Berlin

Dienstag, den 24. Februar 1920,
 abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal 3
Kombinierte Sitzung
 der erweiterten Ortsverwaltung, der Ortsvereine
 der Maler, der Dekorationsmaler der Stadt.

Tagesordnung:
 1. Unsere Stellungnahme zum neuen Reichsstatut.
 2. Inwieweit der Mitgliedern der Tagesordnung nach Ihre
 Meinung vertreten ist.
 3. Mitgliedern legitimiert. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Mittenstraße 62/63.
 Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Ami Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Mittwoch, den 25. Februar 1920,
 abends 7 Uhr
Branchen-Versammlung
 der Graveure und Biseleure
 im Märkischen Hof, Admiralsp. 18c.

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Birtzkaß- und
 Valutafragen“. Referent: Dr. Goldschmidt. 2. Bran-
 chenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Achtung! Kohleleger und Gesser. Achtung!
 Mittwoch, den 25. Februar 1920,
 abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 (Saal 4).

Tagesordnung: 1. Die Einheit und Ein-
 heit in der Branche. 2. Stellungnahme zum Ablauf
 des Tarifvertrages und Aufstellung unserer For-
 derungen. 3. Verbands- und Branchenangelegen-
 heiten. 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert!

Mittwoch, den 25. Februar 1920,
 abends 6 1/2 Uhr
Versammlung
 aller im Deutschen Metallarbeiter-
 Verband organisierten Arbeiterinnen
 in der Aula des Könlischen Gymnasiums,
 Inselstraße 2-5.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Luise
 Zich: „Warum müssen wir zum Sozialismus
 kommen?“ 2. Verbandsangelegenheiten und Ver-
 schiedenes.
 Alle Kolleginnen werden ersucht, pünktlich zu
 erscheinen.
 Fahrverbindungen: Straßenbahn 11, 10, 28, 29,
 38, 41, 87.
Die Ortsverwaltung.

Junger Parteigenosse sucht
 außerhalb Stellung, in der Selbstständigkeit und Oradlichkeit
 Bedingung sind: Bäre — Presse — Bibliohek — Privat.
 Obersten unter E. 30 an die Expedition der Freiheit.

Ich warne
 hiermit, alle königliche Zähne sowie ganze Gebisse
 wegzuwerfen. — Zahle die höchsten Tagespreise
Zahn 16.50 Mark
N. Obholzer, Goltzstrasse 11, I.
 Eingang neben Zigarrogengeschäft.
Nicht Zahn-Atelier.

Kupfer bis 25,—, Messing bis 14.50, Blei bis 9.50,
Zinn 7,— b. 7.50, Rotguss 22,—, Reinzin b. 80,—,
Weißmetall 30,— b. 35,—, Nickel 32,—,
Aluminium 17,— b. 20,—, Metallspäne
 zahlst per Kilo, bei groß. Post. mehr, **Metallschmelze**
 Mariannenstraße 24 an der Kottbuser Brücke,
 Amt Mst. 10698, Nebenanstr.
 Sendungen von außerhalb werden prompt eridigt.

Kupfer 24.60,
Messing 14.60, Rotguss 22,—,
Blei 9.30, Zinn 7.50, Eisen 1.20
 und mehr.
Eisen- und Metallgroßhandlung
Willy Seydlitz,
 Hauptgeschäft: Neukölln, Liberdastraße 4, Tel. 9408.
 Zweigstellen: Hermannplatz 4, Böhmischer Straße 16, Nikola
 Richardplatz, Berlin, Schönhauser Allee 181.
 Größere Posten werden abgeholt. Post- und Bahnsendungen
 werden prompt eridigt.

Kupfer 23.00-24.00 M.,
 Aluminium 19.00-20.00, Rotguss 19.00-20.00,
 Messing 13.50-14.50, Blei 8.00-9.00 per Kilo,
 Zinn 6.50-7.00, Zinn, Lagermetall kauft
Schlosserei NIEMANN,
 Stallschreiberstraße 55, am Moritzplatz.

Kupfer 25.00, Messing 14.70,
Blei 9.70, Zinn bis 7.20
 — bei größeren Posten mehr, zahlst —
Metall-Einkaufs-Zentrale,
 Moritzpl. 135 80. **Kottbuser Damm 66.** Moritzpl. 135 80.

MÖBEL
 gegen Bar und Teilzahlung
 in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
 Wohnzimmer, Schlafzimmer, far-
 bige Küchen, einzelne Möbelstücke
 Grösste Auswahl! Gekaufte Möbel
 können kostenlos lagern.
M. Landwehr Müllerstr. 7. I.
 direkt an Verkaufsst.

Münzen, Briefmarken
 kauft Grossmann, Johannisstr. 4
 Norden 106 21.

KUPFER
 24.50 Mark
MESSING
 14.50 Mark
 und andere Metalle sowie
 alte Gebisse kauft
Gotthelm, Marlannenstr. 12.
 und Schmidstraße 17 a gegenüber Schülerstraße.

Zahle die höchsten Tagespreise
für Gold- und Silberbruch
 sowie Platin, Kontakte
 Brennstifte, Zahnstifte.
 Uhren- und Goldwarengeschäft
Bernhard Wuschack
 Berlin S 14, Kommandantenstr. 61.

Lumpenfabrik S. Scheffel
 zahlt Schneiderin für jede Art Wollwusch Engros-
 preis.
 Kilo 8 bis 25 Mark
 Kl. Markusstr. 7, Könlstr. 6237.

Die Zahneinkaufsstelle
 Charlottenburg, Fritschestr. 46, v. II. an der
 Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)
 kauft täglich von 9-6 Uhr
 zu höchsten Preisen
alte Gebisse.
 Köln Zahn unter 10-15 M., Stf.zähne bis 200 M.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
 Platin-Zahngelisse, Zahn bis 75 Mark.
 Goldbruch und Silberbruch! Sal-
 peters, Silber! Quecksilber! Kupfer! Rot-
 guss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!
 Stannin! Zinn! Blei! Flusssäure!
 Schmelz, Gießmaschinen M. 100,— alle
 Metalle höchstzahlend

Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31
 — Alex. 423.

Achtung! Metalle! Aufheben!
 Zahle für Kupfer, Messing, Blei,
 Zinn usw. mehr wie Konkurrenz.
Klempner Weissburger Str. 11.
 Kastanienallee 85.
 Bitte die höchste Annonce mitzubringen.

Spezialbehandlung
 für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, invalidenstr. 147
 L. Etage, Ecke Bergstr.

Kostenlose Untersuchung und Beratung über
sachgemäße Behandlung
 Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12

Messing 13,00 Blei 8,20 Zinn 7,50
Kupfer 23,00 Rotguss 21,00
 zahlst per kg
Franz Stingl, Mechaniker
 Alte Jakobs raße 69, Ouergeb. I r.

Bettnäse
 Bekohlung sofort.
 Alter u. Geschlecht
 angeb. Anst. usw.
 direkt Marginal,
 Berlin, Belle-Alliance-Str. 32

Schnellaufbohrer.
 Schmirgelstein, sämtliche
 neue Werkzeuge, kauft zu
 allerhöchsten Tagespreisen.
 Henschel, Mosbit, Kottbuser
 Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

Gold-
 bruch und
 Gegenstände

Silber-
 bruch und
 Gegenstände

Drillanten
 altenscheck

Platin-Schmuck
 Brennstifte
 Zahngelisse

Barren
 Gold- und Silber-
 Medaillen
 kauft zu sehr
 hohen Preisen
Kokoski, Berlin, 108
 Köpenickerstr.

Magnete
 4 u. 6-Zylinder-Zündkerzen
 alt und neu, Anlassen 57.
 Stein, Fürbringerstr.
 Mtel. 8597.

Kupfer 25,—
Messing 14.50
Blei 9.50
Zinn 8,—
Metallankauf
 Neue Jakobstrasse
 Kommandantenstr. 7
 Fernruf: Zentrum 57
 Größ. Posten werden abgeh.

Kupferleitungen,
 Lützen, Kabe
 Dynamo- u. Kinn
 drähte kauft höchst-
 zahl. Elmsal-Str. 6
 Gehener Str. 23, Alex. 111

Gold- u
Silber-
 waren, Medaillen
 kauft zu höchst. Tages-
Silberzentrale
 Gotzkowskystr. 11
 und Huttenstr. 3

Kupfer 24,—
Messing 14,—
Blei 8,75
Zinn bis 70,—
Zinn 7,—
Rotguss 17,50
Lagermetall bis 30,—
 per kg im Laden
Driesener Str. 24
 Ecke Schivelbeiner Str.

Kupfer ... per kg 22,—
Messing ... 12,50
Rotguss ... 18,—
Blei ... 8,—
Zinn ... 6,—
Reinzin ... 50,—
Quecksilber 130,—
Metalleinkauf
Schnittdorfer Str. 2.

Messing 14,50 M.
Kupfer 24,00 M.
Rotguss 23,00 M.
Blei 8,50 M.
Zinn 7,00 M.
Aluminium 16,00 M.
Zinn bis 70,00 M.
Weißmetall bis
30,00 M. per Kilo
 zahlst nur
 Produktions-Handlung
Dresden Straße 14
 am Kottbuser Tor
 Mpl. 125 23
 Bitte genau auf Mess-
 nummer zu achten

Kupfer 24,50
Messing 14,50
Blei 8,50
Zinn 7,50
Rotguss 21,00
 kauft jedes Posten
C. Schroeder
 Liniestraße 216
 Möbelgeschäft.

Altes Eisen
 und sämtliche Metalle
 kauft über Tagespreis
J. Achs, Alte Jakobstraße 84

Schnellaufbohrer
 laufend jeden Posten
 hohe Aufschüsse auf Ver-
 schwendung, Woldenber-
 liste Friedrich Müggel-
 Lichtenberg G. Wechsler
 Telefon Alex. 1 96

Spiralbohrer
 best. Schmirgelstein
 höchstzahlend
 Allianestr. 94

Großes Geschäft in der Hauptstadt Berlin auf Platz und überall auf der „Leipzig“